



20 Jahre UN-Resolution 1325 Frauen, Frieden, Sicherheit

Zivile Konfliktbearbeitung stärken,
auf Gewalt verzichten!



Inhalt

Einleitung	3
20 Jahre UN-Resolution 1325 »Frauen, Frieden, Sicherheit«	5
Sexualisierte Kriegsgewalt	7
Frauen und Flucht	8
Unbewaffnetes ziviles Peacekeeping	9
Zivile Konfliktbearbeitung stärken, auf Gewalt verzichten!	10
Friedensaktivistinnen	11

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Titelfoto: Getty Images/Dondi Tawatao
Infografiken: DiG
Layout/Druck: Fraktionservice

Stand: Oktober 2020

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

200923



Liebe Leser*innen,

sexualisierte Gewalt begleitet seit jeher Kriege und Konflikte. Vergewaltigungen, Verstümmelungen und sexuelle Sklaverei werden als systematische Kriegswaffe eingesetzt. Sie verletzen nicht nur die Personen, die sie unmittelbar erfahren. Sie haben Folgen für die gesamte Gesellschaft: Das Trauma schreibt sich in Identitäten und familiäre Strukturen ein, es wirkt noch auf nachfolgende Generationen.

Vor 20 Jahren wurde im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1325 »Frauen, Frieden, Sicherheit« verabschiedet. Als völkerrechtliches Instrument sollte es Frauen schützen und dafür sorgen, dass sie gleichberechtigt an Prävention, Schlichtung und Wiederaufbau teilhaben. Alle Mitgliedsstaaten sind dadurch verpflichtet, Frauen auf allen Ebenen in die Verhütung und Bewältigung von Konflikten sowie in Friedensverhandlungen einzubeziehen.

Die Erfahrung zeigt: Friedensabkommen sind deutlich stabiler, wenn Frauen an den Verhandlungen beteiligt sind. Aber noch immer werden Frauen weitgehend von Friedensverhandlungen ausgeschlossen. Sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe ist weit verbreitet, sie wird kaum geahndet.

Darüber hinaus werden Frauenrechte, und damit auch die UN-Resolution 1325, immer wieder genutzt, um militärische Einsätze zu legitimieren. So wurde insbesondere der Kriegseinsatz in Afghanistan mit der Befreiung von Frauen legitimiert. Das aber ist ein Missbrauch der Resolution. Kriege können nicht durch weitere Kriege beendet werden, sondern nur durch konsequente Friedensarbeit.

Das zeigt: Geschlechtergerechte Friedenspolitik ist mehr als ein Beschluss. Friedliches Zusammenleben, Prävention von Gewalt und Schutz der Zivilbevölkerung müssen im Mittelpunkt alltäglicher Politik stehen. Es braucht ein grundlegendes Umdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik: weg von Rüstungsexporten und Auslandseinsätzen der Bundeswehr, hin zu gewaltfreier Konfliktaustragung und einer Außenwirtschaftspolitik, die auf Gerechtigkeit und Frieden ausgerichtet ist, statt auf größtmögliche Profite.

Ein positiver Frieden besteht in der Abwesenheit von systematischer Gewalt gegen Frauen, aber auch von Armut und Benachteiligung in allen Lebensbereichen. Das ist natürlich nicht mit militärischen Mitteln zu erreichen.

75% aller Friedensaktivist*innen weltweit sind Frauen. Sie setzen sich für Friedenserziehung und Dialogprogramme ein. Sie kämpfen für die Überwindung sozialer, ethnischer oder geschlechtsbezogener Diskriminierung und Gewalt. Frauen organisieren sich und gestalten Friedensprozesse praktisch. Wir stehen an der Seite der Frauen, die sich tagtäglich gegen geschlechtsspezifische Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten und für Frieden engagieren.

Cornelia Möhring

MdB, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Frauenpolitische Sprecherin

Kathrin Vogler

MdB, Sprecherin für Friedenspolitik

20 Jahre UN-Resolution 1325 »Frauen, Frieden, Sicherheit«

Der Entstehung der Resolution 1325 geht ein jahrzehntelanger beharrlicher Einsatz von Friedens- und Frauenrechtsaktivist*innen voraus. Weltweit thematisierten Feminist*innen bereits lange vor der Verabschiedung der Resolution 1325 die Rolle von Frauen in Friedensprozessen. Die UN veranstalteten eine erste UN-Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko. Im selben Jahr trafen sich sozialistische Frauenverbände und internationale Frauenorganisationen zu einem Weltfrauenkongress in Ost-Berlin. Vier Jahre später verabschiedeten die Vereinten Nationen eine Frauenrechtskonvention zur Beseitigung von Diskriminierung von Frauen, die CEDAW-Konvention.

Am 31. Oktober 2000 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig die UN-Resolution 1325 »Frauen, Frieden, Sicherheit«. Alle Mitgliedsstaaten haben sich mit der Resolution dazu verpflichtet, Frauen und Mädchen vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt insbesondere in humanitären Notsituationen zu schützen, Frauen auf allen Entscheidungsebenen in Mechanismen zur Verhütung und Bewältigung von Konflikten sowie in Friedensverhandlungen miteinzubeziehen und Frauenrechte zu schützen.

Auf Grundlage der drei Leitprinzipien der UN-Resolution »Prävention, Partizipation, und Protektion« müssen die Staaten Kriege und gewaltförmige Konflikte verhindern, die Beteiligung von Frauen in der Friedensschaffung und Krisenprävention sicherstellen und Frauen und Kinder in Kriegs- und Krisengebieten vor Gewalt schützen.

Vom UN-Sicherheitsrat vor 20 Jahren beschlossen.

UN-Resolution 1325

<p>Prävention: Frauenrechte, Friedensinitiativen und Konfliktbearbeitung, Verhütung von Gewalt gegen Frauen, Strafverfolgung</p>	<p>Protektion: Schutz von Frauen und Mädchen, besonders in humanitären Notsituationen</p>	<p>Partizipation: mehr Macht an Frauen, Beteiligung von Frauen bei der Lösung von Konflikten, in Friedensverhandlungen und Friedenseinsätzen</p>
---	--	---

Damit diese Leitprinzipien nicht bloß Lippenbekenntnisse bleiben, muss auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend anders gestaltet werden.

Mit den Kriegseinsätzen der Bundeswehr trägt Deutschland aktiv dazu bei, dass Frauen in Krisenregionen weiterhin massiv von Gewalt betroffen sind. Militärische Interventionen tragen nicht zur Wahrung von Frauenrechten bei, sondern bewirken das Gegenteil. Die »Afghanistan Papers«, interne Dokumente der US-Regierung über den Krieg in Afghanistan, die im Dezember 2019 öffentlich wurden, belegen das erneut. Die Bundesregierung hatte im Rahmen ihrer zweijährigen nichtständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2019/2020 die Umsetzung der Resolution zu einem ihrer Schwerpunkte erklärt. Zugleich, betrug die im Jahr 2019 von der Bundesregierung genehmigten Rüstungsexporte fast 8 Milliarden Euro und waren damit so hoch wie nie zuvor.

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2019/12-236.pdf>

Die Bundesregierung ...



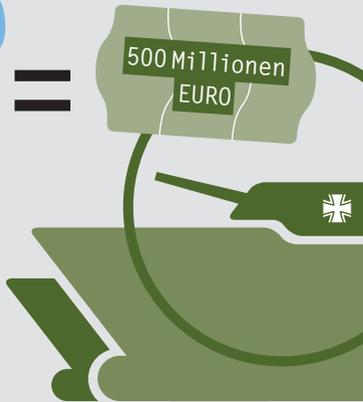
UN-Resolution 1325

500 Millionen
EURO

=

500 Millionen
EURO

... gibt nach eigenen Angaben jährlich etwa eine halbe Milliarde Euro für die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 »Frauen, Frieden und Sicherheit« aus. Zum Vergleich: So viel kostet allein die Bewaffnung der neuen Bundeswehrkorvetten, die gerade gebaut werden.



Sexualisierte Kriegsgewalt

In jedem Krieg werden Frauen und Mädchen vergewaltigt, versklavt und erleben unterschiedliche geschlechtsspezifische Gewalt. Sie werden zum Austragen von Schwangerschaften gezwungen, zu Schwangerschaftsabbrüchen oder zu Sterilisationen. Frauen und Kinder werden Opfer von Zwangsheirat und Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.

Sexualisierte Gewalt in Konflikten und Kriegen ist nicht nur eine tragische Nebenwirkung von fehlenden Schutzstrukturen. Sexualisierte Gewalt ist eine systematische Kriegswaffe.

Milizen und Terrororganisationen wie Boko Haram, die Lord's Resistance Army oder auch der sogenannte Islamische Staat setzen Gewalt gegen Frauen als systematische Demütigung ihrer Gegner ein. Vergewaltigungen sollen das soziale Gefüge und den Zusammenhalt der betroffenen Bevölkerung zersetzen. Die in der Folge geborenen Kinder leiden oft unter Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Gewalterfahrungen schreiben das Trauma des Krieges in die persönlichen Identitäten und familiären Strukturen ein und wirken sich noch auf nachfolgende Generationen aus.

Viele Kriegseinsätze auch der Bundeswehr wurden in den letzten Jahrzehnten mit der Stärkung von Frauen- und Minderheitenrechten begründet. Die Bilanz solcher Einsätze, ob nun unter dem Schlagwort »humanitäre Intervention«, »Schutzverantwortung« oder anderen, fällt jedoch fragwürdig aus. Denn auch UN-Blauhelm-Truppen beteiligen sich an sexualisierter Gewalt und sexueller Ausbeutung. Eine von der Nachrichtenagentur AP 2017 durchgeführte Untersuchung von UN-Missionen während der vorherigen zwölf Jahre ergab fast 2.000 Anschuldigungen der sexualisierten Gewalt durch Soldaten und zivile Mitarbeiter von UN-Friedensmissionen auf der ganzen Welt, bei mehr als 300 der Anschuldigungen waren die Opfer Kinder.

Frauen und Flucht

Frauen erleben nicht nur in Kriegen und bewaffneten Konflikten geschlechtsspezifische Gewalt – sondern sie sind auch auf der Flucht davon betroffen. So äußert auch der Sicherheitsrat in der Resolution 1325 mit Ausdruck seine Besorgnis darüber, dass insbesondere Frauen und Kinder, »namentlich auch als Flüchtlinge und Binnenvertriebene« von bewaffneten Konflikten betroffen sind und zunehmend gezielt angegriffen werden. Dabei fordert er in Paragraph 12, »den zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslager und -siedlungen zu achten und namentlich auch bei ihrer Errichtung die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen«.

https://www.un.org/depts/german/sr/sr_00/sr1325.pdf

Laut UN-Angaben sind weltweit über 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Demnach wird alle zwei Sekunden ein Mensch vertrieben, 37.000 Menschen sind es pro Tag.

Etwa ein Drittel der Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, sind Frauen. Ihre besonderen Interessen müssen in der Asylpolitik endlich berücksichtigt und umgesetzt werden. Ein Großteil dieser Frauen erlebt sexualisierte Gewalt als ständigen Begleiter und hat bereits im Herkunftsland und auf der Flucht Gewalt erfahren. Im Zufluchtsland angekommen, setzt sich die Gewalterfahrung als Kontinuum durch unsichere Sammelunterkünfte mit nicht abschließbaren Schlafräumen oder Sanitäranalagen und fehlenden Präventions- und Interventionskonzepten fort.

Wir benötigen in Deutschland ein geschlechtersensibles Asylverfahren, das geschlechtsspezifischen Fluchtursachen wie Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung, sexualisierte Gewalt berücksichtigt. Im Verfahren müssen entsprechend sensibilisierten und ausgebildeten Anhörer*innen und Entscheider*innen eingesetzt werden. Darüber hinaus müssen Frauen und Kinder durch ein gut ausgestattetes Gewaltschutzsystem Schutz und Unterstützung erhalten.

Ein vom gewalttätigen Ehepartner unabhängiges Aufenthaltsrecht ist allen betroffenen Frauen sicherzustellen. Keine Frau, die in ihrem Herkunftsland von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht ist, darf abgeschoben werden!

Unbewaffnetes ziviles Peacekeeping

Eine praktische Form der Friedensarbeit stellt das unbewaffnete zivile Peacekeeping dar, oft wird der englische Begriff Unarmed Civilian Protection (UCP) genutzt. Dieses umfasst sowohl den direkten Schutz der Menschen vor gewalttätigen Übergriffen, als auch die Unterstützung der lokalen Zivilgesellschaft. Die Menschen sollen lernen, sich selbst zu schützen und den Ausbruch von Gewalt zu verhindern, sowie lokale Schutzmechanismen und Friedensnetzwerke aufzubauen. Seit vielen Jahren entsendet etwa die Non-Profit-Organisation »Nonviolent Peaceforce« (NP) unbewaffnete ausgebildete Fachkräfte in Krisen- und Kriegsgebiete. Nonviolent Peaceforce ist davon überzeugt, dass man unbewaffnet sein muss, um die Zivilbevölkerung effektiv schützen zu können.

Im Südsudan sind etwa 150 Menschen für NP im Einsatz, je zur Hälfte internationale und lokale Kräfte. Die Arbeit von NP setzt auf der Graswurzelebene an. Trotz des eskalierten Bürgerkriegs ist sie erfolgreich, weil die Mitarbeitenden in den lokalen Gemeinschaften eingebettet sind und sich auch zu ihrem eigenen Schutz ausschließlich auf gewaltfreie Strategien stützen. NP-Mitarbeitende beschützen Frauen in Flüchtlingslagern, wenn sie, zum Beispiel um Brennholz zu holen, die Schutzzonen verlassen müssen; sie überwachen Waffenstillstände, moderieren Friedensverhandlungen und gehen mit gezielter Aufklärungsarbeit gegen Desinformations- und Hetzkampagnen vor. Der Erfolg kann viele Gesichter haben, zum Beispiel, wenn es gelingt, Zivilist*innen vor Massakern zu bewahren und zu sicheren Zonen zu begleiten, wenn lokale Konflikte zwischen Ackerbauer*innen und Viehhirt*innen per Verhandlungen statt Schusswechsel gelöst werden oder wenn Frauenteam ausgebildet werden, die geschlechtsspezifischer Gewalt entgegenwirken.

Ziviles Peacekeeping hat inzwischen Eingang in eine Reihe von UN-Dokumenten gefunden. Fünf Jahre nach Verabschiedung der Resolution 1325 hat 2015 die Global Study, eine umfangreiche Studie über ihre Implementierung, festgestellt, dass UCP eine »anerkannte Methode zum direkten Schutz der Zivilbevölkerung und zur Gewaltreduzierung« ist, die sich »insbesondere beim Schutz von Frauen und Mädchen als wirksam erwiesen« hat. Auch die Bundesregierung hat sich in ihren Leitlinien »Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern« dazu bekannt, dass sie »die Weiterentwicklung ziviler Ansätze [...] insbesondere Ziviles Peacekeeping als erprobte Methodik, um Menschen vor Gewalt und schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen« unterstützen will. Geschehen ist dafür bisher aber wenig. Dabei benötigen Initiativen zum gewaltfreien Schutz der Zivilbevölkerung dringend verlässliche finanzielle Unterstützung. Geld, das gut angelegt wäre: Ziviles, unbewaffnetes Peacekeeping ist sehr viel besser geeignet, die Zivilbevölkerung in Kriegssituationen zu schützen, als bewaffnete Militärpatrouillen.

Zivile Konfliktbearbeitung stärken, auf Gewalt verzichten!

Wir fordern:

- ein grundlegendes Umdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik: weg von Rüstungsexporten und Auslandseinsätzen der Bundeswehr, hin zu gewaltfreier Konfliktaustragung und einer Außenwirtschaftspolitik, die auf Gerechtigkeit und Frieden ausgerichtet ist.
- die UN-Resolution 1325 in allen internationalen Handlungsfeldern prioritär umzusetzen und die Perspektive von Frauen bei allen Abstimmungsentscheidungen miteinzubeziehen.
- zum Schutz von Frauen und Mädchen und anderen vulnerablen Gruppen in Krisenregionen zivile Maßnahmen der Gewaltprävention und Konfliktlösung zu ergreifen und zu unterstützen und die notwendigen Mittel dafür bereit zu stellen.
- ein geschlechtersensibles Asylverfahren.
- alle Maßnahmen der Regierung müssen dazu führen, Verletzungen der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten zu beenden, insbesondere geschlechtsspezifische Aggression gegen Frauen. Die Bedürfnisse und Interessen der Überlebenden sind dabei in den Mittelpunkt zu stellen.
- einen Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt in allen internationalen Konflikten und Kriegen.
- die gleichberechtigte Partizipation von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen und Friedensverhandlungen und auf allen, auch lokalen und informellen Entscheidungsebenen.

Friedensaktivistinnen

75 Prozent aller Friedensaktivist*innen weltweit sind Frauen. Sie setzen sich für Friedenserziehung und Dialogprogramme ebenso ein, wie für die Überwindung sozialer, ethnischer oder geschlechtsbezogener Diskriminierung. Sie arbeiten für eine intakte Umwelt und für eine umfassende Gesundheitsversorgung. Sie streiten für das Recht auf Bildung oder für die Rechte von Menschen mit Behinderungen – ohne die politische Arbeit und den Einsatz von Frauen wäre die Erde für viele Menschen weniger lebenswert.

Wenn Frauen an Friedensverhandlungen beteiligt sind, ist es laut UN um 35 Prozent wahrscheinlicher, dass das daraus resultierende Abkommen mehr als 15 Jahre hält. Dennoch wird dies in der Praxis kaum beachtet. Zwischen 1990 und 2015 sind nur 8 Prozent aller großen Friedensabkommen unter der Beteiligung von Frauen erarbeitet worden.

Unsere Broschüre will anhand einiger weniger Beispiele zeigen, welchen vielfältigen Beitrag Frauen für eine friedlichere Welt leisten.

Godelieve Mukasarasi (Ruanda)

Gründerin der Organisation SEVOTA

»Der Völkermord in Ruanda war von immenser Brutalität geprägt. Hunderttausende Frauen wurden von Milizen vergewaltigt. In der Regel haben die Frauen danach nicht über diese Gewalt gesprochen, weil damit ein Stigma einherging. Diese Ablehnung hat sich auch auf ihre Kinder übertragen. Die Kinder, die in Folge einer Kriegsvergewaltigung geboren wurden, werden noch heute als »Kinder des Hasses« oder schlicht als »Unglück« bezeichnet. Sie werden in ihren Familien und Gemeinden häufig für jedes Elend verantwortlich gemacht.



Wir haben mit SEVOTA von Beginn an das Ziel verfolgt, das Schweigen zu brechen – zwischen Müttern und ihren Kindern, aber letztlich auch das Schweigen in der ruandischen Gesellschaft. Denn das unausgesprochene Leid schafft eine tiefe Stille zwischen uns.

In den ersten Monaten nach dem Krieg haben wir einen Treffpunkt für die Frauen geschaffen, wo sie ihre Erfahrungen, Tränen und aufgestaute Wut teilen konnten.

Es war wichtig für sie, andere Frauen zu treffen, die Ähnliches erlebt haben. Überlebende müssen erst einmal erkennen, was sie durchgemacht haben und wie sich diese Erfahrungen auf ihr Leben auswirken.

In unseren Frauenforen nutzen wir verschiedene Ansätze, um mit traumatischem Stress umzugehen. Neben psychosozialen Beratungsangeboten sind einige der Ansätze auch sehr körperlich. Sie zielen darauf, den Stress und blockierte Energien im Körper freizusetzen – durch Atemtechniken, Klopfübungen und mit Tanz. Diese Körperarbeit ist ein sanfter Ansatz, da, im Unterschied zum Sprechen, keine schmerzhaften Erinnerungen ausgelöst werden.

Bei unserer Arbeit ist es sehr wichtig, die Verbindung mit anderen zu suchen. Überall auf der Welt werden Frauen nach Vergewaltigungen ausgegrenzt und zum Schweigen gebracht. Unsere Partnerorganisation medica mondiale hat uns nicht nur dabei unterstützt, unsere psychosozialen Ansätze weiterzuentwickeln. Wir treten auch gemeinsam für die Rechte und die Anerkennung der Frauen und Kinder ein. Denn nur, wenn die Überlebenden von Gewalt und Hass in der Gesellschaft aufgenommen werden, können wir nachhaltigen Frieden finden.«

Sara Hamdy (Irak/Kairo)

International Protection Officer bei Nonviolent Peaceforce

»Als die Pandemie begann und wir im Lager eingeschlossen wurden, dachte ich, wir seien von allen vergessen worden. Es gab nur wenige Dienstleistungen, kaum noch NGOs und viel Unsicherheit. Aber du warst immer in Kontakt mit uns und wir vermissen dich«, schrieb mir Zeinab.

Bevor es Covid gab, arbeitete ich in einem Lager für Binnenflüchtlinge im Irak. Als sich die Pandemie ausbreitete, zog ich vorübergehend nach Kairo zurück, aber es ist nach wie vor wichtig, dass ich mit den Binnenflüchtlingen in Kontakt bleibe. Als Teil des NP-Schutzteams habe ich durch die Arbeit innerhalb dieser Gemeinschaften enge Beziehungen zu denjenigen aufgebaut, die von der Gewalt im Irak betroffen sind: Menschen wie Zeinab, eine ältere Vertriebene.



Im vergangenen Winter trafen Zeinab und ich zum ersten Mal auf einem meiner Patrouillengänge zusammen. Zeinab hatte das Lager verlassen, um in ihr Herkunftsgebiet zurückzukehren, nur um festzustellen, dass ihr Haus zerstört war und sie sich keine Basisausstattung leisten konnte. Zeinab musste in das Lager zurückkehren, wo sie zusammen mit 19 Personen in einem Zelt lebte. »Alles, was ich brauche, ist ein Zelt, das groß genug für uns alle ist, um zu überleben«, sagte sie mir.

Es ist wichtig, sich für die Grundbedürfnisse von Vertriebenen wie Zeinab einzusetzen, denn sonst kann es lange dauern, oder es passiert vielleicht gar nicht. NP hat enge Kontakte zur Verwaltung des Camps, dadurch konnte ich Zeinabs Fall weiterverfolgen.

Ich setzte meine Arbeit von Kairo aus fort und blieb mit Zeinab in Kontakt, während sie auf das Zelt wartete, das ihr so viel bedeutete. Dann, endlich:

»Sara, mein Liebling, ich habe jetzt ein Zelt! Ein provisorisches Haus! Wenn du wieder im Irak bist, lade ich dich zum Essen in mein eigenes Zelt ein! Ich hoffe, dass dieser Virus verschwindet. Wir vermissen dich!«, rief Zeinab.

Während dieses Gesprächs fiel mir auf, dass Zeinabs Enkelin bequeme, saubere Kleidung trug. Sie sieht geliebt und umsorgt aus. Was auch auffällt, ist eine bunte Halskette, die sie trägt. Ihr eigenes kleines Stück Hoffnung.

Obwohl ich weit weg bin, bin ich mir der Bedeutung dieser Arbeit zutiefst bewusst. Sie ist der Bevölkerung, der sie dient, verpflichtet, und ich bin demütig und immer wieder inspiriert von den Menschen, deren Leben sie berührt.

Ich frage mich, ob ich genug tue oder gar tun kann. Wenn ich mich an Zeinab und ihre Familie erinnere, an ihre Gesichter, den Klang ihrer Stimmen, ihre Dankbarkeit, dann werde ich daran erinnert, dass »genug« manchmal genau das ist - wenn es nur einer Person oder einer Familie helfen kann.«

Nina Potarska (Ukraine)

Aktivistin und Koordinatorin der International Women's League for Peace and Freedom (WILPF)

»Am 24. Februar 2016 verabschiedete das Ministerkabinett der Ukraine den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates »Frauen, Frieden, Sicherheit«. Die Ukraine ist das einzige Land, das innerhalb des andauernden Konflikts den Aktionsplan implementiert hat.

Auf der einen Seite können wir seit fünf Jahren den Mechanismus der Resolution nutzen, auf der anderen Seite leben wir seit sieben Jahren die Wirklichkeit des Konflikts. Dieser Konflikt wirkt wie eine blutende Wunde, er schwächt die gesamte Gesellschaft indem er sich auf die verschiedensten Lebensbereiche auswirkt. In diesem Konflikt gibt es keine große Zerstörung und keinen großen



Tod, aber er vergiftet allmählich die gesamte Gesellschaft, indem er zu einer Bewusstseinsveränderung führt: die Einstellung zur Vergangenheit und die Vision der Zukunft.

Ähnlich wie Antikörper im Körper tragen Frauen die Hauptlast der bröckelnden Infrastruktur und sozialen Institutionen. Als Frauenaktivistinnen wissen wir, dass Kriege und Notsituationen bestehende Ungleichheiten verschärfen und die Sicherheit der schwächsten Gruppen, insbesondere von Frauen und Mädchen, bedrohen. Diese Probleme zu erkennen und zu lösen, ist Teil unserer täglichen Arbeit. Zusammen mit Kolleginnen und Schwestern vom Frauennetzwerk für Dialog und integrativen Frieden haben wir Frauenorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen auf beiden Seiten zusammengebracht, um einen nachhaltigen feministischen Frieden zu fördern. Frieden, in dem alle Menschen unseres Landes einen Ort haben, an dem wir unsere Grundbedürfnisse befriedigen und gemeinsam eine Zukunft aufbauen können, in der echte Chancengleichheit herrscht und die Interessen und Wünsche verschiedener Gruppen von Menschen berücksichtigt werden.«

Sister Lorraine Garasu (Bougainville)

Organisatorin eines Frauenfriedensforums gegen den Bürgerkrieg in Bougainville

»Ende der 1980er Jahre, gleich zu Beginn des gewaltsamen Konflikts, begann ich mit der Friedensarbeit in Bougainville. Zuvor hatte ich mich mit Sozialfürsorge für Frauen befasst, und nun verlagerten ich und einige andere Frauen unseren Arbeitsschwerpunkt auf die Sicherheit der Menschen, insbesondere von Frauen und Kindern.



1994 kamen ich und einige andere Frauen aus den drei etablierten Kirchen zusammen und bildeten einen ökumenischen Ausschuss, um gemeinsam nach dauerhaftem Frieden zu suchen. Im Jahr darauf haben wir das ökumenische Frauenforum von Bougainville ins Leben gerufen, mit dem Ziel, Frauen aus den Kirchen der ganzen Insel zu mobilisieren und ein inselweites Bewusstsein dafür zu schaffen, wie man nach Frieden und Versöhnung streben kann. Ich wurde Koordinatorin des Forums. Der Höhepunkt unserer Arbeit war eine Frauenfriedenskonferenz im September 1996, an der Hunderte von Frauen von der ganzen Insel teilnahmen. Es war äußerst schwierig, die Frauen aus allen Kirchen zu diesem fünftägigen Forum mitten im Krieg zusammenzubringen. Aber es war sehr erfolgreich. Die Frauen einigten sich darauf,

wie sie in ihren Gebieten zusammenarbeiten würden, um den Krieg zu beenden. Die Frauen übernahmen die Führung. Das Forum war der Ausgangspunkt für den Friedensprozess auf Bougainville. Der Krieg endete 1998. Seitdem dauert meine Friedensarbeit bis heute an. Heute leite ich das Rehabilitationszentrum Nazareth im Norden Bougainvilles. Unser Schwerpunkt liegt auf der Rehabilitation von Post-Konflikt-Traumata und von Jugendlichen, die Opfer von Drogenmissbrauch geworden sind. Das Nazareth-Zentrum betreibt auch vier Safe Houses für Frauen. Diese Häuser sind für Frauen und Kinder bestimmt, die Opfer von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt geworden sind. Das Nazareth-Zentrum bietet auch den Gemeinden in ganz Bougainville friedensfördernde Bildungsmaßnahmen an. Wir haben Multiplikatoren auf Gemeindeebene ausgebildet, die in der Lage sind, Konflikte zu bearbeiten und die Gemeinden in die Lage zu versetzen, den Frieden in den Dörfern zu sichern. Neben der Friedensförderung in den Gemeinden bieten wir auch Aufklärungsarbeit zu Menschenrechten, geschlechtsspezifischer Gewalt und Gleichstellung der Geschlechter an, um Frieden und Harmonie in den Gemeinden zu gewährleisten.«

Rieko Asato (Japan)

Mitglied des Japanischen Rats gegen A- und H-Bomben (Gensuikyō)

»Am späten Abend des 5. August 2020 verschickte ich an Hunderte von Basisgruppen Informationen über die geplanten Aktionen zur Friedenswelle, die vom 6. bis 9. August weltweit zur Unterstützung des Atomwaffenverbotsvertrages stattfinden sollten.

Bereits im Juni hatte das Organisationskomitee der Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben eine Einladung zur Onlineteilnahme an der Weltkonferenz 2020 am 2., 6. und 9. August ausgesprochen und alle Friedensbewegungen an der Basis dazu aufgerufen, sich vom 6. bis 9. August der Friedenswelle und der Unterschriftenaktion »Appell der Hibakusha« zur Abschaffung der Atomwaffen zu beteiligen. Die Friedenswelle würde am 6. August um 8.15 Uhr von Hiroshima starten und die Welt bis 11.02 Uhr am 9. August, dem Zeitpunkt des A-Bombenangriffs auf Nagasaki, umkreisen. In den vorangegangenen Monaten hatten wir bereits Hunderte von E-Mails und Notizen mit den kreativsten und vielfältigsten Aktionen von unterschiedlichsten Gruppen aus 24 Ländern erhalten. Gemeinsam wollten wir der Opfer der Tragödie gedenken und zur Schaffung einer atomwaffenfreien Welt aufrufen. Zu den Aktionen zählten Proteste bei nuklearwaffenbezogenen Institutionen, A-Bomben-Fotoausstellungen, stille Mahnwachen, Onlineseminare mit Hibakushas, Zeugenaussagen und Vorträgen, das Falten von Papierkranichen, das



Läuten von Friedensglocken in Kirchen und Tempeln, Unterschriftensammlungen und Friedensmärsche.

Als Herausgeberin der Peace Wave News hatte ich das Privileg, die weltweite Kommunikation diesbezüglich zu lesen. Ich war sehr beeindruckt und bewegt. Das starke Engagement und die Bemühungen von Friedensaktivistinnen für eine atomwaffenfreie, friedliche und gerechte Welt waren enorm.

Am Morgen des 6. August arbeitete ich als Japanisch-Englisch-Dolmetscherin der Weltkonferenz 2020 gegen A- und H-Bomben, die online stattfand. Es sprachen eine Reihe wichtiger Persönlichkeiten. Alle betonten die Notwendigkeit der Abschaffung von Atomwaffen, besonders jetzt, um die Menschheit vor den gegenwärtigen multiplen Krisen ausgelöst durch die Pandemie, den Klimawandel und die wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten zu schützen.

Mit der Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Irland, Nigeria und Niue am 6. August sowie durch St. Kitts und Nevis am 9. August 2020 sind nur noch sechs weitere Länder notwendig, um die 50 Ratifizierungen zu erreichen, mit denen das Abkommen in Kraft tritt. Die erfolgreiche Mobilisierung von so vielen Menschen zum 75. Jahrestag hat mich davon überzeugt, dass der Tag, der uns alle dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt nahe bringt, bald kommen wird.«

Rhoda-Ann Bazier (Südafrika)

Aktivistin, Gewerkschafterin und Stadträtin in Kapstadt

»Mein Name ist Rhoda-Ann Bazier. Ich bin 56 Jahre alt. Ich komme aus der Gewerkschaftsbewegung und war unter anderem Betriebsrätin. Ich bin seit langem kommunalpolitisch aktiv und vertrete den ANC im Stadtrat von Kapstadt.



Bei einer gewaltigen Explosion in der Munitionsfabrik Rheinmetall-Denel in Macassar am Montag, 3. September 2018, wurden acht Arbeiter getötet und einer verletzt, bei dem inzwischen Krebs diagnostiziert wurde.

Die Fabrik liegt fünf bis zehn Gehminuten von meiner Gemeinde entfernt. Die Fabrik ist von Gebieten umgeben, in denen Menschen wohnen und Kinder spielen. Gerade wurde eine Kindertagesstätte gegenüber der Fabrik errichtet. Man stelle sich einmal vor, was passieren kann, wenn es weitere Explosionen auf dem Gelände gibt.

Rund 80 Prozent der Produktion von Rheinmetall sind für den Export bestimmt. Rheinmetall verlagert seine Produktion bewusst in Länder wie Südafrika, um deutsche Exportbestimmungen zu umgehen, einschließlich der deutschen Embargos für Munitionsexporte in die Türkei, nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE).

Bei der in diesem Werk hergestellten Munition handelt es sich um gefährlichen Sprengstoff, der unter anderem nach Saudi-Arabien, in die VAE und die Türkei exportiert wurde. Es wurde festgestellt, dass sie zur Begehung von Kriegsverbrechen im Jemen verwendet wurden, und wir vermuten, dass die jüngsten Exporte in die Türkei auch in Libyen verwendet wurden.

Die Herstellung dieser Munition trägt nicht nur zu der humanitären Katastrophe im Jemen bei, sondern gefährdet auch ernsthaft das Leben der Arbeiter und meiner Gemeinde. Die Gesamtbevölkerung in und um das Werk herum beträgt etwa 700 000 Menschen.

Die Erfahrung der Gemeinschaft zeigt, dass Menschen, die in den Fabriken gearbeitet haben, häufig nicht lange genug leben, um ihren Ruhestand zu genießen. Sie erkrankten aufgrund der Chemikalien, die sie eingeatmet oder mit denen sie gearbeitet haben, und sterben an Krebs und/oder anderen Krankheiten, die mit den bei der Herstellung von Munition verwendeten Chemikalien zusammenhängen.

In einer Presseerklärung von Rheinmetall-Denel wurde die Explosion auf »menschliches Versagen« der Beschäftigten zurückgeführt, statt die Verantwortung des Managements anzuerkennen. Gemeinsam mit den Familien hielten wir im November 2019 eine öffentliche Sitzung ab, an der der methodistische Bischof und ein Vertreter des Premierministers der Region Western Cape teilnahmen. Wir haben uns auch mehrmals mit dem Premierminister selbst getroffen, um eine öffentliche Untersuchung zu beantragen. Zwei Jahre nach der Explosion hat es trotz Interventionen des Büros des Premierministers immer noch keine Ermittlungen gegeben. Das Unternehmen leugnet weiterhin die Verantwortung für die Explosion und versucht, die Verantwortung abzuschieben.

Im September 2019 hatte ich die Gelegenheit, Deutschland zu besuchen, was für mich eine lehrreiche Erfahrung war. Im Rheinmetall-Werk in Unterlüß und an anderen Orten lernte ich die Herausforderungen und Schwierigkeiten kennen, mit denen Gemeinden in aller Welt, in denen Rheinmetall Munitionsfabriken unterhält, konfrontiert sind.«

www.linksfraktion.de